

Die EU hat sich nie ausschließlich als Wirtschaftsgemeinschaft verstanden. Von Anfang an hat es ein Bekenntnis zur Reduzierung der Ungleichheit zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten gegeben. Durch finanzielle Hilfeleistung an „arme“ Mitgliedstaaten hat eine wirtschaftliche Annäherung stattgefunden.

Im Rahmen der geplanten Amerikanischen Freihandelszone „FTAA“, die bis 2005 34 Länder umfassen soll, sind derartige Ausgleichsmechanismen nicht vorgesehen. Dementsprechend ist die Ablehnung dieses Projektes nicht nur von Gewerkschaften, sondern auch durch Regierungen der geplanten Freihandelszone.

Die Erfahrungen mit der NAFTA, wo die Ungleichheit zwischen Mexiko und den USA zugenommen hat, geben den Skeptikern Recht. Während die USA die Grenze zu Mexiko gegen Einwanderer mit enormem Aufwand absichern muss, findet in der EU trotz Freizügigkeit für Arbeitnehmer so gut wie keine nennenswerte Migration statt.

Kritiker und insbesondere Gewerkschaften fordern deshalb für die FTAA einen umfassenderen Ansatz zu wählen, wo es nicht nur darum geht wirtschaftsliberale Politik durchzusetzen, sondern auch Maßnahmen zu ergreifen, die zu einem Abbau der Ungleichheit zwischen den beteiligten Staaten führen. Weiters ist es wichtig, dass auch andere gesellschaftlich relevante Gruppen – und insbesondere die Gewerkschaften – in die Planung und Umsetzung eingebunden werden.

Trotz aller Schwächen und Fehler der EU könnte die FTAA hier sicher eine Reihe von vernünftigen Anleihen nehmen.